

**Wahlausgabe
zur Bürgerschaftswahl 1970
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg**

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftensammlung; Signatur D4-66
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-360

Am 22. März 1970 wählt die Hamburger Bevölkerung eine neue Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen. Dieser ersten Landtagswahl nach der Bildung der Bundesregierung kommt sowohl unter bundespolitischen als auch unter landes- und kommunalpolitischen Gesichtspunkten besondere Bedeutung zu.

Seit 4 Jahren haben die Sozialdemokraten in Hamburg nicht nur die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, sondern bilden auch allein die Regierung. Senat und Mehrheitsfraktion haben die vordringlichen Aufgaben der hamburgischen Landespolitik nicht zu realisieren vermocht. Dies sind insbesondere

- Bildungspolitik
- Moderner Städtebau
- Gesundheitspolitik

Die CDU hat bei ihren Bemühungen, Opposition zu betreiben, im Gegensatz zu den

Freien Demokraten keine Alternativen anzubieten. Die F.D.P. fordert die Priorität des Bildungswesens. Das schließt den Verzicht in anderen Bereichen der Investitionen ein. Der Senat hat es versäumt, Parlament und Öffentlichkeit rechtzeitig über seine mittelfristige Finanzplanung zu unterrichten. Eine Oppositionspartei kann deshalb keine bis auf die letzte Mark abgesicherte Ausgabenrechnung vorlegen. Die F.D.P. legt jedoch im folgenden ein Programm vor, das durch das Setzen von Schwerpunkten realisierbar ist.

I. Staat und Verwaltung

Die Freien Demokraten stellen ihre Forderungen zur Staats- und Verfassungspolitik bewußt an die Spitze ihres Programms, weil auch auf Landes- und Kommunalebene ein Beitrag zur Besserung der Rechte des Staatsbürgers geleistet werden muß.

Ombudsman

Eine glaubwürdige parlamentarische Demokratie erfordert die Sicherung der Rechte des Bürgers gegenüber einer übermächtigen Verwaltung. Die F.D.P. wiederholt ihren Vorschlag, einen Parlamentsbeauftragten nach dem Vorbild des skandinavischen Ombudsman einzusetzen. Sie verlangt eine Stärkung der Kompetenzen des Einlagenwesens.

Unabhängige Justiz

Das Bürgerrecht auf öffentliche Kritik ist unantastbar. Dazu gehört auch das Demonstrationsrecht. Wesentlicher Bestandteil der Rechte des Bürgers ist eine unabhängige Justiz. Sie darf nicht in Fachressorts eingegliedert sein, sondern muß in einem Rechtspflegeministerium zusammengefaßt werden. Die Beschleunigung der Gerichtsverfahren ist Voraussetzung, um das Vertrauen in die Rechtsprechung sicherzustellen.

Leistungsfähige Verwaltung

Der Bürger hat den Anspruch auf eine moderne und leistungsfähige Verwaltung. Sie muß unabhängig von Ressortinteressen und unter Anwendung von Erkenntnissen und Führungsmethoden der Wirtschaft ständig vereinfacht werden. Sie muß dabei im Rahmen des Bezirksverwaltungsgesetzes so bevölkerungsnah wie möglich organisiert werden. Gerade hier kann der Kontakt zwischen dem Bürger und seiner Verwaltung besonders wirksam sein.

Öffentlicher Dienst

Dazu gehört ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst. Seine Angehörigen haben das Recht auf Mitbestimmung im Rahmen eines zu verbesserten Personalvertretungsrechts. Ihre Besoldung muß noch stärker an Leistungskriterien ausgerichtet werden. Der Besetzung freier Stellen muß eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen. Die Durchlässigkeit innerhalb und zwischen den Laufbahnen und Laufbahngruppen muß gefördert werden.

Sicherheit

Eine wichtige Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Dazu bedarf es eines rationelleren Einsatzes der Polizei und engen Vertrauensverhältnisses zwischen ihr und der Bevölkerung. Dazu sind erforderlich:

Wir veröffentlichten auf diesen Seiten die Wahlausage der F.D.P. Hamburg. Sie ist hervorgegangen aus Beratungen von Fachausschüssen und gewählten Parteiorganisationen. Sie ist eine politische Aussage, weil sie den Mut aufbringt, eindeutige Schwerpunkte zu setzen. Sie liegen in erster Linie – und d.h. finanzwirksam – im Bildungsbereich. Sie liegen in zweiter Hinsicht – und das bezieht sich vor allem auch auf organisatorische Maßnahmen – im Gesundheitswesen und im Städtebau. Die Aussage verzichtet damit bewußt auf einen Vollständigkeitskatalog. Auch der Wähler wird sich entscheiden müssen. Die Landesgeschäftsstelle der F.D.P., 2 Hamburg 22, Schwanenwik Nr. 10, vermittelt darüber hinaus Aussagen zu hier nicht angesprochenen Bereichen.

- Kennzeichnung der Polizeibeamten
- Verstärkter Einsatz von Fußstreifen und Zivilfahndern
- Entlastung der Kriminalpolizei von bürotechnischen Arbeiten
- Verstärkung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes

Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Nur sie kann die Forderung auf Chancengleichheit verwirklichen. Eine offene Gesellschaft erfordert eine Offene Schule.

Voraussetzung dafür ist die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems. Die Offene Schule muß mit der Vorschulpädagogik beginnend durchlässig bis zur Gesamthochschule führen.

Offene Schule

Im Mittelpunkt der Offenen Schule muß ein differenziertes, weitgefächtertes Kurssystem stehen, das dem einzelnen Schüler einen individuellen Bildungsweg ermöglicht. Sie überwindet die bisherigen starren Jahrgangsklassen. Solche Reformbestrebungen werden unglaublich, wenn ein ordnungsgemäßer Unterricht durch Schulraumnot und Lehrermangel nicht mehr gewährleistet ist.

Sofortmaßnahmen

Zur Überwindung der Engpässe im Schulwesen sind Sofortmaßnahmen unerlässlich. Dies ist zu erreichen durch

- Neugliederung des Stoffes
 - programmierten Unterricht und Anwendung neuzeitlicher Kommunikationsmittel unter Einbeziehung des Schulfernsehens
 - Entlastung der Lehrkräfte durch technische Assistenten und Verwaltungskräfte
- und Gewinnung zusätzlicher Unterrichtsstunden durch
- Teilzeitbeschäftigung für Beamten
 - Einstellung von Naturwissenschaftlern aus der Wirtschaft.

Der Schulbau muß bei Ausnutzung zeitspender Montagebauweise und mit transportablen Pavillons verstärkt werden. Dabei sind größere Einheiten für neue Schulformen vorzusehen. Eine Verstärkung der Haushaltssmittel ist hierfür unerlässlich.

Gesamthochschule

Aufgabe der Integration von Fachhochschulen und Universität zur Gesamthochschule ist vor allem die Neubestimmung der Wertigkeit von praxisbezogenen und theoretischer Ausbildung. Die integrierte Gesamthochschule ist das optimale Modell, um auf allen Stufen eine wissenschaftliche Ausbildung zu gewährleisten und das Auseinanderfallen von Forschung und Lehre, von Theorie und Praxis zu verhindern. Die Gesamthochschule schafft zugleich die Voraussetzungen zur Verwirklichung einer für die geforderte Chancengleichheit notwendigen Durchlässigkeit der Bildungssysteme. Gliederungsprinzip einer solchen Gesamthochschule sind festzusetzende Kombinationen von Lehrveranstaltungen (Kurse), deren erfolgreicher Abschluß zu bestimmten Qualifikationen führt (Baukastenprinzip). Eine rigorose Studienzeitbegrenzung ist unvereinbar mit der Wirksamkeit eines solchen Gesamthochschulmodells.

Dabei ist eine gezielte Berufsausbildung vorrangig. Die Funktionsfähigkeit der Hochschule setzt die Beteiligung aller ihrer Mitglieder an der Verwirklichung ihrer Aufgaben voraus.

Technische Universität

Die besondere Situation Hamburgs als Wirtschaftszentrum verlangt die Errichtung einer Technischen Universität oder Fakultät.

Liberale Bildungspolitik muß der ganzheitlichen Persönlichkeitsausbildung dienen. Neben der intellektuellen Ausbildung steht daher gleichrangig die musicale Bildung, zu der auch die Leibeserziehung gehört.

Wahlausage der

Am 22. März muß entschieden werden:

Parlamentsreform

Auch das Parlament, dem die Kontrolle der Verwaltung obliegt, muß in seinen Möglichkeiten durch die Ausnutzung von Datenverarbeitung und neuen Informationstechniken gestärkt werden. Seine Arbeit muß durchsichtiger werden. Vorschläge hierfür sind:

- Öffentliche Ausschußsitzungen
- Namentliche Abstimmungen
- Aktuelle Debatten ohne Einschränkung durch von der Geschäftsordnung vorgeschriebene Fristen.

Die klare Trennung von Legislative und Exekutive ist Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Parlaments. Deshalb dürfen Abgeordnete nicht zugleich Mitglieder von Deputationen, Bezirksversammlungen, Ortsausschüssen und insbesondere nicht des Senats sein. Dazu muß die Verfassung in der Weise geändert werden, daß einem Senator bei einem

II. Bildungs- und Kulturpolitik

In Ergänzung dessen muß die Erwachsenenbildung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft die notwendige Fortbildung und Umschulung gewährleisten. Volkshochschule und Fernlehrinstitute haben hierbei eine besondere Aufgabe zu erfüllen.

Die zunehmende Mobilität in der Arbeitswelt macht es nötig, daß im Bereich des berufsbildenden Schulwesens die Grundlagen für eine gestiegene Anpassungsfähigkeit an neue Berufsbilder für den einzelnen geschaffen werden.

Demokratisierung

Eine so verstandene Neuorientierung der gesamten Bildungspolitik verlangt eine Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen. Diese muß sich in den Mitwirkungsrechten, Mitbestimmungsrechten und Selbstbestimmungsrechten von Eltern, Lehrern und Schülern dokumentieren. Die Verfehlung dieser Rechte muß gegenüber der staatlichen Verwaltung durch unabhängige Personen gewährleistet sein.

Die demokratische Schule soll dazu beitragen, die demokratische Gesellschaft zu formen. Der Erziehungs- und Lehrauftrag der Schule wird von dieser Aufgabe bestimmt.

Kulturpolitik . . .

Aufgabe liberaler Kulturpolitik ist es, die geistige Freiheit zu gewährleisten und in ihren Inhalten auszuweiten. Das gilt sowohl für den Prozeß künstlerischen und publizistischen Schaffens als auch für seine Verbreitung.

Freiheit der Kunst schließt jede staatlichezensur aus. Sie darf auch nicht mittelbar ausgeübt werden. Das gilt besonders mit Rücksicht darauf, daß Förderungsmaßnahmen, die Bestandteil der Kulturpolitik sein müssen, die Gefahr von Auf-

etwaigen Ausscheiden aus der Regierung während einer Legislaturperiode das von ihm niedergelegte Mandat wieder zufällt.

Direkte Demokratie

Der Bürger soll in den politischen Parteien stärker mitarbeiten, um dadurch die Möglichkeit wahrzunehmen, bei der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen wie auch bei der Willensbildung mitzuwirken. Die innere Struktur der Parteien muß dem Rechnung tragen. Die Aufstellung der örtlichen Kandidaten soll öffentlich erfolgen. Der Bürger soll nicht nur die von ihm bevorzugte Partei wählen können, sondern mit seiner Stimme auch die von den Parteien aufgestellte Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen verändern können.

Neue Formen direkter Demokratie müssen dem Bürger mehr Einfluß geben. Wenn Parlamente und Regierungen ein wichtiges Problem nicht anfassen, müssen die Bürger sie durch Volksbegehren dazu zwingen können.

lagen beinhalten. Förderungsmaßnahmen dürfen nicht an bestimmte Tendenzen in Stil, Form und Aussage gebunden sein.

Die fortschreitende Technisierung unserer Umwelt und die damit verbundene Entwicklung der Massenmedien erleichtern es, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Deshalb muß die Unabhängigkeit von Presse, Film, Funk und Fernsehen sichergestellt sein. Das bedeutet, daß insbesondere in ihren Kontrollorganen die pluralistische Struktur unserer Gesellschaft repräsentiert sein muß, um einseitige Einflußnahmen auszuschließen. Dazu gehört auch die Möglichkeit der Selbstdarstellung der politischen Parteien.

. . . in Hamburg

Vordringliche Forderungen für die Kulturpolitik in Hamburg sind:

- Stärkere Unterstützung der Privattheater innerhalb des Etats der Kulturbörde.
- Förderung von kulturellen Einrichtungen und Initiativen in den Randgebieten.
- Öffnungszeiten der Museen, die Berufstätigen deren Besuch ermöglichen.
- Verbesserte Förderung des musikalischen Nachwuchses.
- Bereitstellung von Freiflächen für Ausstellungen bildender Künstler ohne vorhergegangene Bewertung.
- Werbung mit modernen und unorthodoxen Methoden, um einen erweiterten Kreis von „Kulturreden“ aufzuschließen und vorzubereiten.
- Mehrjahresplanung für den Einsatz öffentlicher Mittel im kulturellen Bereich.

III. Gesundheitspolitik

Krankenpflege. Dies setzt den Verzicht auf überholte Ordnungsvorstellungen voraus

- Vermehrung der Planstellen für Ärzte und Einführung des Schichtdienstes in allen Aufnahmestationen
- Einführung eines Kollegialsystems aller am Krankenhaus arbeitender Ärzte zur Verbesserung der Patientenbetreuung und optimaler Weiterbildung der Ärzte. Hierzu gehört eine Neuordnung des Liquidationsrechtes der Chefärzte
- Rasche Einrichtung von Leichtkrankenhäusern. Neben gesperrten Stationen könnte das alte Harburger Krankenhaus dafür benutzt werden. Die ärztliche Versorgung in Leichtkrankenhäusern wäre über frei beruflich tätige Kassenärzte möglich.
- Sofortige Schaffung einer zusätzlichen psychiatrischen Klinik unter Einbeziehung von Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Psychosomatik. Hierzu eignet sich das freiwerdende Altonae Krankenhaus.

Besondere Bedeutung kommt vorsorgenden Maßnahmen der Gesundheitspolitik zu. Dazu gehören Maßnahmen der Früherkennung und -aufklärung. Steigendes Gewicht gewinnen auch Maßnahmen der Stadthygiene.

F.D.P. Hamburg

absolute Priorität für das Bildungswesen

IV. Moderner Städtebau

Hamburgische Strukturpolitik ist nur unter dem übergeordneten Prinzip der Region sinnvoll. Stadt- und Landesplanung, Energieversorgung, Verkehrsstruktur und die ausreichende Berücksichtigung bei den Gemeinschaftsaufgaben des Bundes sind durch engere Zusammenarbeit der Küstenländer zu intensivieren. Regionalplanungen sollen der öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht werden.

Das hamburgische Landesparlament muß Initiativen entwickeln, damit Projekte wie zum Beispiel der Elbübergang bei Stade und die Weiterführung der elektrifizierten Schnellbahnen über die Hamburger Grenzen hinaus schnell in Angriff genommen werden können.

Aufbauplan 60

Der Aufbauplan 60, der eine Entflechtung der urbanen Funktionen Wohnen, Arbeiten sowie Freizeit und Erholung vorsah, wurde von der Entwicklung überholt. Die weitgehend mögliche Mischung der Kriterien Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Erholung ist notwendig und für die Bevölkerung förderlich. Nötig sind daher:

- Ausreichend dichte Besiedlung bei vertikaler Schichtung der bisher horizontal getrennten Funktionen Verkehr, Arbeiten und Wohnen
- Orientierung der Planung von Neubaugebieten an vorhandenen oder alsbald realisierbaren Schnellbahntrassen
- Ausreichende Versorgung mit Bildungs-, Kultur- und Gemeinschaftseinrichtungen

Wohnungsbau

Der Wohnungsbau muß von dem Ziel geleitet werden, zukunftsorientiert größere Wohnungen variablen Zuschnittes zu erstellen und diese sinnvoll mit Arbeitssätzen zu verzehnen. Die sinnvolle Mischung der Altersgruppen der Bevölkerung kann durch Einbeziehung von Altenwohnungen und Heimen in die Wohnbebauung sowie Bereitstellung von Kommunikationsräumen für Jugendliche und Heranwachsende erreicht werden.

Das Erreichen dieser Ziele wird erleichtert durch Beteiligung der breiten Öffentlichkeit am Stadtplanungsprozeß und - durch Veranstaltung offener Architektenwettbewerbe. Die Ausstellung von Planungsmodellen im Frühstadium sowie die öffentliche Diskussion zwischen Planern und Architekten einerseits und der Bevölkerung andererseits ist diesen Bestrebungen förderlich.

Schickt die Lotsen an Bord

Landesliste der F.D.P. für die Bürgerschaft

1. Peter-Heinz Müller-Link (49) Rechtsanwalt
2. Reinhard Philipp (44) Geschäftsführer
3. Edgar Engelhard (52) Unternehmensberater
4. Heinz H. R. Wichmann (59) Steuerbevollmächtigter
5. Helga Schuchardt (30) Ingenieur
6. Wilhelm Rahlfs (31) Diplom-Volkswirt
7. Dr. Rolf Bialas (41) Arzt
8. Günther Glatz (47) Studienrat an Sonderschulen
9. Hans Rau (43) Wissenschaftl. Referent
10. Waldemar Christiansen (49) Bankdirektor
11. Christel Stegmann (50) Kaufmännische Angestellte
12. Gerhard Weber (38) Generalsekretär
13. Eckard Diezemann (35) Journalist
14. Ludolf Sieveking (63) Reedereiprokurist
15. Klaus Hansen (49) Kaufmann
16. Marlise Nicolaysen (60) Hausfrau
17. Detlev Klüver (29) Dipl.-Ing.
18. Karlheinz Bürrig (47) Postbeamter
19. Klaus Hoffmann (33) Wirtschaftsjournalist
20. Dr. Hans-Joachim Widmann (35) Rechtsanwalt
21. Martin Kirchner (34) Architekt
22. Hubertus Seifert (49) Beamter
23. Günther Kluth (47) Prokurist
24. Heinrich A. Reibe (76) Fruchtmajor
25. Gerd Schneider (23) Student
26. Volker Westphal (35) Rechtsanwalt
27. Udo Philipp (27) Redakteur
28. Tilo Kopp (34) Kaufmännischer Angestellter
29. Dr. Horst Daube (33) Rechtsanwalt
30. Peter Vollmer (32) Exportkaufmann

Stadtforschungsinstitut

Die Errichtung eines Stadtforschungsinstitutes, das vorhandene Erkenntnisse und Methoden aus Technik, Medizin, Soziologie und anderen wissenschaftlichen Disziplinen – insbesondere der Hamburger Universität – verfügbar macht, soll schnellstens eingeleitet werden.

Generalverkehrsplan

Für die Region Hamburg ist ein Generalverkehrsplan nötig. Vorrangig sind:

- Die Verlängerung der City-S-Bahn nach Hamburg zur Ausnutzung der Arbeits- und Wohnflächen im Süderelbegebiet.
- Die Anbindung der Geschäftsstadt Nord an die Innenstadt durch eine Schnellbahnlinie.
- Zeitplanungen für notwendig gewordene Schnellbahnlinien nach Lurup-Osdorf sowie Lokstedt – Niendorf – Schnelsen.
- Die Erstellung und Prüfung von Planungsmodellen für die Verbindung der beiden Flughäfen als „Luftkreuz des Nordens“ untereinander sowie mit einem „Air-terminal“ in der City durch eine Schnellverkehrseinrichtung. Zur Stärkung im internationalen Wettbewerb sind dabei moderne Transportsysteme zu berücksichtigen (ALWEG-Bahn o. ä.)
- Entlastung der Innenstadt vom Durchgangs- und Tangentialverkehr im Zuge der Stadtautobahnkerntangente durch den Alstertunnel zwischen Alsterufer und Sechslingspforte.

Leistungssteigerung des Straßennetzes

Die Aufnahmefähigkeit des vorhandenen Straßennetzes kann durch zeitgemäße Mittel der Technik bei wirtschaftlichem Einsatz von Geldmitteln an gezielten Schwerpunkten wesentlich gesteigert werden. Der Verkehr auf den Hauptausfallstraßen muß durch weitere Einschränkung des linksabbiegenden Verkehrs sicherer und flüssiger gestaltet werden. Die Umstellung der Lichtzeichenanlagen auf verkehrsabhängige Computersteuerung anstelle der bisher verwendeten sogenannten „Zentralsteuerung“ muß verstärkt werden. Sonderspu-

ren für die öffentlichen Nahverkehrsmittel auf besonders geeigneten Strecken des Straßennetzes sind erforderlich.

Die hierfür erforderlichen Mittel sollten durch entsprechende Reduzierung des Straßenneuprogramms im Haushalt bereitgestellt werden, weil mit diesen Maßnahmen eine größere Effektivität gewährleistet werden kann.

Sanierung

Zeitgemäße Städtebaupolitik bedeutet heute vorrangig Sanierung der Kernstadtbereiche. Die Milliardenwerte der hier bereits vorhandenen und vorbestimmten Infra-Strukturen – Schnellbahnen, Straßen, Versorgungsnetze u. a. – verpflichten zu einer grundlegenden Änderung der im Hamburger

Kernstadtbereich bisher verfolgten Baupolitik. Sinnvolle Verdichtung an Schwerpunkten, vertikale Schichtung der Ebenen und stadtnahe Wohnen, wo dies wirtschaftlich vertretbar ist, müssen konsequent gefördert werden.

Das bisherige Fehlen eines gültigen Städtebauförderungsgesetzes ist kein Grund, mit den Sanierungsplänen für Ottensen, die westliche Innenstadt und die Harburger Innenstadt weiter zu zögern. Für die Harburger Innenstadt sollte unverzüglich ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden, um einer drohenden Zersiedelung des Gebietes durch Teilsanierungen vorzubeugen. Hierbei erscheint es angebracht, zur Förderung der Integrierung und der Urbanität besonders kulturelle Aktivitäten vorzusehen.

V. Sozialpolitik

Sozialpolitik obliegt in erster Linie der gesamtstaatlichen Verantwortung des Bundes. Dennoch bedarf es begleitender Maßnahmen auf Landesebene.

Solche sind:

- Angleichung der Regelsätze nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) an die gestiegenen Lebenshaltungskosten
- Verstärkte Förderung des Verkehrstyps. Der Hamburger Verkehrstyp e. V. handelt im staatlichen Auftrag und erhält dafür Zuschüsse aus dem Staatshaushalt
- Gewährung der Kraftfahrzeug-Beihilfe an alle Körperbehinderten, die öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen können
- Öffnung der Altentagesstätten auch an den Wochenenden im Bedarfsfalle

- Förderung der Altenwerkstätten
- Verstärkte Einrichtung von beschützenden Werkstätten
- Förderung der geriatrischen Forschung und Einrichtung eines geriatrischen Krankenhauses

Ausbildung von Mitarbeitern

Für viele sozialpolitische Aufgaben ist die Behebung des Mangels an sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Mitarbeitern Voraussetzung. Für die Erziehung, Anleitung und Pflege junger, gefährdeter, alter und behinderter Menschen bedarf es in ständig steigendem Umfang qualifizierter Personals. Die Bereitschaft für eine derartige Tätigkeit ist durch eine entsprechend gestaltete Ausbildung und eine gezielte berufliche Förderung zu wecken.

VI. Wirtschaftspolitik

Zwischen der Lösung der als besonders dringlich hervorgehobenen Zukunftsaufgaben und dem Wirtschaftswachstum unserer Stadt besteht ein enger Zusammenhang. Nur eine wachsende Wirtschaft sichert bessere Berufs- und Erwerbschancen, steigende Einkommen und höhere Steuereinnahmen, mit denen Hamburg seine Anziehungskraft weiter erhöhen und die Lebensbedingungen seiner Bewohner weiter verbessern kann. Die wirtschaftliche Entwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg wird zwar vom Bund und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entscheidend beeinflußt, dennoch muß jedoch der verbleibende Handlungsspielraum voll ausgenutzt werden.

Gerade die heutige Zeit der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung ist besonders geeignet, fehlerhafte wirtschaftliche Strukturen ohne große Härtefälle auszugleichen und die Weichen zum Ausbau wachstumsintensiver Wirtschaftszweige zu stellen. Die Abhängigkeit Hamburgs von weltwirtschaftlichen Entwicklungen hat sich in der Vergangenheit häufig positiv ausgewirkt. Die Aufwertung der Deutschen Mark zeigt aber auch deutlich die damit verbundenen Gefahren auf, so daß künftig eine verstärkte Ausrichtung auf den deutschen und westeuropäischen Binnenmarkt erforderlich ist.

Ausbau der Industrie

Die Zukunft Hamburgs liegt in erster Linie im Ausbau seiner Industrie. Wenn Hamburg die größte Industriestadt der Bundesrepublik bleiben will, müssen ansässigen wachstumsorientierten Industrieunternehmen eine Erweiterung in Hamburg möglich gemacht und neue Wachstumsindustrien geworben und angesiedelt werden. Voraussetzungen dafür sind:

- eine beschleunigte und unbürokratische Bereitstellung von ansiedlungsreifem Industriegelände, u. a. durch eine nicht nur mit Steuergeldern, sondern auch mit Kapitalmarktmitteln arbeitende Erschließungsellschaft
- eine verstärkte Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg, besonders durch Unterstützung von Ansiedlungsvorhaben im Hamburger Umland, da eine Verstärkung der Wirtschaftskraft der Nachbargemeinden auch Hamburg zugute kommt.
- eine Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte und Erschließung von Arbeitsmarktreserven durch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten und Hilfestellung bei der Umschulung.

- ein Ausbau der Verkehrsbindungen Hamburgs zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Dazu gehören eine Vertiefung der Elbfährrinne auf 13,5 m, eine Verdichtung des Flugplans und ein beschleunigter Bau des Großflughafens Kaltenkirchen
- Maßnahmen zur Senkung der Basiskosten für die Produktion, besonders in der Energiepolitik durch den beschleunigten Bau von Atomkraftwerken. Außerdem muß sich Hamburg für einen ungehinderten Zufluß von Importkohle und eine Be seitigung der Heizölsteuer einsetzen
- eine Förderung der Kooperationsbereitschaft in der stark mittelständisch strukturierten Hamburger Wirtschaft
- eine moderne Wirtschafts- und Verkehrswerbung im In- und Ausland
- die Stärkung der Funktion Hamburgs als überregionales Dienstleistungszentrum und Verwaltungssitz großer Unternehmen

Hafenpolitik

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das weitere Wachstum von Industrie und Handel in Hamburg ist ein gut funktionierender Hafen. Seine Wettbewerbsfähigkeit muß durch die Schaffung moderner Organisationsformen, hohe öffentliche und private Investitionen und die Anpassung an neue Verkehrsformen gefördert werden. Stärker als bisher muß sich Hamburg für einen Abbau der durch die deutsche und europäische Verkehrs politik verursachten Wettbewerbsverzerrungen einsetzen. Zu einem leistungsfähigen Hafen gehört eine leistungsfähige Werftindustrie. Anpassungshilfe des Bundes sind auch für die von der Aufwertung besonders hart betroffene See- und Küstenschiffahrt erforderlich.

Einkaufsmetropole

Die bisherige Wirtschafts- und Agrarpolitik der EWG hat neben vielen Vorteilen auch erhebliche Nachteile, vor allem ein hohes Agrarpreisniveau gebracht. Als führender Außenhandelsplatz hat Hamburg die Aufgabe, sich auch zum Wohle des Verbrauchers ständig für eine Erweiterung der EWG und eine Förderung des Handels mit allen Ländern einzusetzen. Als Einkaufsmetropole für etwa 3,5 Millionen Menschen und als Fremdenverkehrs zentrum muß Hamburg nicht nur zu einer preiswerten Versorgung beitragen, sondern auch zu besseren Einkaufsmöglichkeiten durch eine Aufhebung des starren Ladenschlußgesetzes.

Parlamenten der anderen Küstenländer die Aufgabe übergreifender Initiativen zu.

Die Flurbereinigung in Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen zwischen Bund und Ländern muß auch von Seiten der Länder stärker als bisher angefaßt werden. Dazu bedarf es einer Finanzreform, die diesen Namen verdient. Dazu bedarf es eines wirklich funktionsfähigen Föderalismus als Gegenposition zum Bundesstaat.

Hamburgische Politik ist nur unter dem übergeordneten Gesichtspunkt der Region sinnvoll. Stadt- und Landesplanung, Industrieansiedlung und die ausreichende Berücksichtigung bei Gemeinschaftsaufgaben des Bundes sind nur durch enge Zusammenarbeit der Küstenländer möglich. Grenzen von Ländern und Gemeinden dürfen hierbei kein Hindernis sein.

Dem hamburgischen Landesparlament wächst in enger Zusammenarbeit mit den

Die Freien Demokraten haben sich schon in den vergangenen Legislaturperioden mit diesen zukunftsbezogenen Aufgaben identifiziert und ihre Lösung vorangetrieben. Die Verwirklichung dieser Ziele ist nur bei der Beschränkung auf die gesetzten Schwerpunkte möglich. Dies gewährleistet das Wahlprogramm der F.D.P. Hamburg.